

**Einfache Anfrage Hess-Balgach / Broger-Altstätten / Dürr-Widnau:
«Berufswahlunterricht und Lehrstellensuche bei geschlossener Schule**

Das Coronavirus hat unsere Volksschule voll getroffen. Die Schliessung der Schulen ist einschneidend, aber aufgrund der Gesundheitssituation nachvollziehbar. Es gilt, im Kampf um die Abflachung der Ansteckungskurve und damit gegen die grassierende Pandemie wirksame Schritte zu unternehmen. Die St.Galler Lehrpersonen versuchen mit Hochdruck auch unter diesen herausfordernden Bedingungen einen qualitativ guten Unterricht in einem gewissen Rahmen aus der Ferne aufrecht zu erhalten, sodass unsere Schülerinnen und Schüler nicht zu viel wertvolle Bildungszeit verlieren. Das ist natürlich nur teilweise möglich, und manche wichtigen Inhalte können heute schlicht nicht mehr adäquat wahrgenommen werden. Dies gilt beispielsweise für den Berufswahlunterricht.

Unseren Schulen werden Stand heute im Idealfall mindestens drei Unterrichtswochen fehlen. Danach, sollten denn die Schulen nach den Frühlingsferien wieder für den ordentlichen Unterricht geöffnet werden können, wird es erst einmal gelten, Verpasstes aufzuholen und eine neue zeitliche und inhaltliche Planung zu erstellen. Allerdings droht derzeit auch ein Szenario, in welchem der Unterricht noch für längere Zeit ausfallen wird. Das wird für die Berufswahl zu einem schwerwiegenden Problem.

Die allermeisten Unternehmen haben schon jetzt die Schnupperlehren bis auf Weiteres gestrichen. Unsere Schülerinnen und Schüler verlieren in ihrer Berufswahl wichtige Zeit. Sie und ihre Eltern können in ihrer Berufswahl nicht mehr entsprechend unterstützt werden. So besteht die Gefahr, dass keine fundierten Berufsentscheide gefällt werden, zumal zu befürchten ist, dass sowohl die Schülerinnen und Schüler zusammen mit ihren Eltern als auch die Lehrbetriebe immer noch den bisherigen Rhythmus und Fahrplan im Kopf haben. Eine weitere Zunahme von Lehrabbrüchen bzw. Vertragsauflösungen könnte eine von vielen negativen Konsequenzen sein.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist der Regierung der Meinung, es könne von ihrer Seite her in Sachen Berufswahlunterricht und Lehrstellensuche bei geschlossenen Schulen grundsätzlich etwas im Sinn der betroffenen Schülerinnen und Schüler, deren Eltern sowie der Lehrbetriebe unternommen werden?
2. Falls nicht, wie begründet dies die Regierung in Anbetracht der aktuellen Notlage?
3. Sieht die Regierung eine sinnvolle Möglichkeit, den Berufswahlfahrplan den momentanen besonderen Bedürfnissen anzupassen, und wenn ja, welche?
4. Ist die Regierung jetzt bereit, einen verbindlichen Stichtag für die Lehrstellenvergabe zu definieren, z.B. frühestens den 1. November 2020?
5. In welcher Form und zu welchem Zeitpunkt werden Schulen, Eltern und Lehrbetriebe über die nächsten Schritte in dieser Hinsicht informiert?»

20. März 2020

Hess-Balgach
Broger-Altstätten
Dürr-Widnau